

Wolff von Amerongen, Otto

Article — Digitized Version

Osthandel verdient mehr Förderung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Wolff von Amerongen, Otto (1970) : Osthandel verdient mehr Förderung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 50, Iss. 1, pp. 19-21

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/134060>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Osthandel verdient mehr Förderung

Otto Wolff von Amerongen, Köln

Trotz seines – relativ gesehen – keineswegs sehr großen Umfangs stand der Ost-West-Handel im zu Ende gegangenen Jahr noch stärker als bisher im Vordergrund des allgemeinen Interesses – nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch im europäischen Ausland. Der Beginn eines neuen Jahrzehnts dieses Jahrhunderts gibt Veranlassung, einen Blick auf die Entwicklung des Osthandels in der jüngsten Vergangenheit zu werfen und die Perspektiven für die kommenden Jahre zu skizzieren.

Zuwachs 16,4 %

Einige Angaben mögen zunächst den gegenwärtigen Stand aufzeigen. In den ersten 10 Monaten 1969 (Januar bis Oktober) nahm der Osthandel der Bundesrepublik in beiden Richtungen zu. Das Gesamtvolumen nach Herstellungs- und Verbrauchsländern betrug 7333 Mill. DM, d. h. 1031 Mill. DM oder 16,4 % mehr als in der gleichen Zeit 1968. Die Ost-Einfuhren der BRD stiegen auf 3176 Mill. DM, d. h. um 441 Mill. DM oder 16,2 %. Sie konnten mit der Zunahme des Gesamtimports der BRD (22,2 %) nicht Schritt halten. Die Ausfuhren erreichten 4157 Mill. DM und brachten damit eine Erhöhung von 590 Mill. DM oder 16,5 %, womit sie ein wenig das Wachstum des deutschen Gesamtexports (16,4 %) übertrafen.

Aufgrund dieser Entwicklung erhöhte sich der Ost-Handelsbilanzsaldo zugunsten der BRD wieder etwas. Er betrug 981 Mill. DM, von denen allerdings 481 Mill. DM, d. h. annähernd die Hälfte, allein auf die beiden Länder Sowjetunion und

VR. China entfielen. Der Osthandels-Anteil am Gesamtaußenhandel der BRD hat mit 4,17 % gegenüber dem Vorjahr (4,27 %) etwas abgenommen. Sollte sich die aufgezeigte Entwicklung im letzten Viertel des Jahres fortgesetzt haben, so kann für 1969 mit einem Gesamt-Osthandelsvolumen der Bundesrepublik von mindestens 8900 Mill. DM gerechnet werden, wobei die Zunahme des Exports größer als die des Imports gewesen sein dürfte. Man kann somit rückblickend von einer durchaus positiven Weiterentwicklung des deutschen Osthandels sprechen.

Systemunterschiede

Die Erwartungen für 1970 und danach gründen sich auf eine Anzahl von Gegebenheiten und Aspekten, die deutlich zu erkennen sind und erhebliches Gewicht haben. An der Spitze steht die Erkenntnis, daß der Unterschied der Wirtschaftssysteme im Westen und Osten in den Grundzügen der gleiche geblieben ist und sich daran in absehbarer Zeit kaum viel ändern dürfte. Auch 1970 und danach werden den freien Marktwirtschaften des Westens mit ihrer privatwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung, ihren multilateralen Außenwirtschaftsbeziehungen und konvertiblen Eigenwährungen die Länder des Ostens – insbesondere die Mitglieder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) – mit ihrer totalen Staats- und zentralen Planwirtschaft, ihrer bilateralen Außenhandelsausrichtung und dem Fehlen konvertibler Eigenwährungen gegenüberstehen.

Das zu Ende gegangene Jahr hat gezeigt, daß die seit einigen Jahren im Gang befindlichen Wirt-

schaftsreformen in sämtlichen osteuropäischen Ländern fortgesetzt werden, ohne jedoch an den obengenannten Grundlagen der östlichen Wirtschaftsorganisation etwas zu ändern. Der jugoslawische Weg zu einer „Sozialistischen Marktwirtschaft“ wird von den Mitgliedern des RGW nicht verfolgt. Zugleich haben sie offensichtlich die Absicht, die Wirtschaftsbeziehungen untereinander und mit dem Westen gleichmäßig zu entwickeln, d. h. es bei dem gegenwärtigen Verhältnis von durchschnittlich 65 zu 35 % bis auf weiteres zu belassen. In diesem Sinne dürfte der Gesamtrahmen der Planungen der osteuropäischen Länder für ihren Außenhandel im Jahr 1970 und in den darauffolgenden fünf Jahren (1971-75) bereits abgesteckt sein.

BRD an erster Stelle

Wie in den vergangenen Jahren nahm die Bundesrepublik auch 1969 den ersten Platz unter den westeuropäischen Partnern des Ostens ein; sie hat Aussicht, diese Position auch in Zukunft zu halten. Die Voraussetzungen hierzu müssen allerdings beiderseits gegeben sein. Im übrigen kann man wohl davon ausgehen, daß die Erweiterung der Handelsbeziehungen in jeder Richtung mit dem gleichzeitigen Ziel, möglichst ausgeglichene Bilanzen mit den einzelnen Westländern zu haben, auch weiterhin ein Leitgedanke der Partner im Osten sein wird. Unter diesen Gesichtspunkten wäre u. a. folgendes zu sagen:

Auf der deutschen Einfuhrseite kann mit einer anteiligen Zunahme des Agrarimports aus dem Osten, der in der Vergangenheit stets recht bedeutend war, nicht mehr gerechnet werden. Es wird sich vielmehr die bereits festzustellende Abnahme fortsetzen, da die Gemeinsamen Marktordnungen der Europäischen Gemeinschaften mit ihren Abschöpfungssystemen, die den Drittländerimport benachteiligen, in Kürze kaum erheblich geändert werden dürften. Im wesentlichen sind somit die Möglichkeiten der Einfuhrzunahmen auf den gewerblichen Bereich beschränkt, wobei sich das Schwergewicht zunehmend von den Rohstoffen auf Halbwaren und Fertigerzeugnisse verlagert.

Der östliche Angebotsfächer und die Aufnahmefähigkeit unseres Marktes an gewerblichen Erzeugnissen sind daher die wichtigsten Faktoren. Ersterer wird ständig breiter, läßt aber immer noch – verglichen mit der westlichen Konkurrenz – zu wünschen übrig. Das gleiche gilt für die Kenntnis und Bearbeitung unseres Marktes durch den Osten, die erst in neuester Zeit zu beginnen scheint, für die Anwendung des Prinzips der Arbeitsteilung auch uns gegenüber, d. h. für eine östliche Produktionsplanung auch unter dem Gesichtspunkt, welche Erzeugnisse auf dem deut-

schen Markt benötigt werden und daher dort abgesetzt werden können.

Liberalisierung

Die Liberalisierung unserer Osteinfuhren umfaßt z. Z. zwei Drittel der gewerblichen Importe aus dem Osten und wird sicherlich allmählich weiterentwickelt werden. Außerdem sind die verbliebenen Kontingente durch die Warenabkommens-Verhandlungen der BRD mit den einzelnen osteuropäischen Ländern jährlich aufgestockt und autonom für 1969 zweimal beachtlich erhöht worden. Hinzu kamen schließlich noch das sog. Absicherungsgesetz und kürzlich die DM-Aufwertung mit ihrem importfördernden Charakter, so daß die Osteinfuhr-Möglichkeiten insgesamt gesehen nicht unbedeutend gestiegen sind. Eine andere Frage ist, inwieweit sie aufgrund der obengenannten Gesichtspunkte von den osteuropäischen Ländern wahrgenommen werden konnten und können. Für 1970 kann man annehmen, daß in den Warenprotokollen weitere Kontingentserhöhungen bilateral vereinbart werden.

Auf der deutschen Ausfuhrseite gibt es von der Bundesrepublik aus gesehen weit weniger Probleme. Unsere Wirtschaft ist auf fast allen Gebieten, die im Osten interessieren könnten, lieferfähig und im internationalen Maßstab generell auch konkurrenzfähig. Die Möglichkeiten, bei Investitionsgüterexporten gesicherte Lieferantenkredite gewähren zu können, dürften im Hinblick auf die Garantiefristen – allgemein bis zu fünf Jahren nach Lieferung, im matching-Fall bis zu acht Jahren – ausreichen. Die Frage einer Gewährung sonstiger Finanzhilfen dürfte in erster Linie davon abhängen, ob daran beim östlichen Partner Interesse besteht.

Kooperation ...

Neben die Import- und Exportproblematik ist in den letzten Jahren immer stärker das Thema der wirtschaftlichen Zusammenarbeit durch Kooperation in den Vordergrund getreten. Es hat sich gezeigt, daß das Lizenzgeschäft als Kooperationsform in beiden Richtungen bereits recht zufriedenstellend betrieben wird. Ferner kann man feststellen, daß sich für eine gemeinsame Bearbeitung industrieller Projekte in dritten, vor allem überseeischen Ländern, gute Möglichkeiten unter den verschiedenartigsten Konstellationen bieten. Die interessanteste Kooperationsform, die gemeinsame Errichtung und der Gemeinschaftsbetrieb industrieller Unternehmen im Partnerlande, bereitet jedoch immer noch erhebliche Schwierigkeiten, so daß bisher nur verhältnismäßig wenig Projekte in die Tat umgesetzt werden konnten. Voraussetzung ist stets, daß in der Form und Abwicklung der Kooperation nicht nur ein

vertretbarer Kompromiß zwischen den sehr unterschiedlichen Staats-, Rechts- und Wirtschaftssystemen auf beiden Seiten gefunden wird, sondern für den deutschen Interessenten auch ein gewisser Anreiz besteht, sich auf eine Gemeinschaftsproduktion einzulassen.

Dieser Anreiz ist für Partnerschaften mit dem Osten, im Vergleich mit Partnern einer freien Marktwirtschaft ganz allgemein gesehen u. a. deswegen weniger vorhanden, weil es unmöglich ist, am Gemeinschaftsobjekt irgendein Eigentum zu erwerben, weil es kaum gelingt, eine längerfristige gemeinsame technische und kaufmännische Leitung zu vereinbaren, und weil häufig Fragen des Gewinntransfers, sonstiger Kapitalüberweisungen nach dem Westen, der Stellung und Entlohnung deutscher Betriebsangehöriger sowie andere wichtige Punkte offenbleiben, deren Lösung unter westlichen Partnern in den meisten Fällen möglich ist.

... häufig falsch verstanden

Hinzu kommt die in einigen osteuropäischen Ländern immer stärker festzustellende Neigung, die Kooperation primär unter dem Gesichtspunkt der Devisenersparnis zu befürworten. Das ist zwar verständlich, sollte aber nicht dazu führen, Kooperation mit Kompensations- oder Kopplungsgeschäft zu verwechseln. Letztere werden in West und Ost eindeutig nicht als Kooperation angesehen. Tauschgeschäfte bedeuten keinen Fortschritt in den Wirtschaftsbeziehungen, die sich möglichst zum multilateralen hin entwickeln sollten. Kapitalverkehr ist ein Bestandteil dieser Entwicklung und sollte daher nicht zurückgedrängt werden. In diesem Sinne ist festzustellen, daß z. B. die Lieferung einer technischen Ausrüstung einschließlich know-how, für die vertraglich später Erzeugnisse der neuen Anlage oder andere Waren im Wert der Ausrüstung usw. gegengeliefert werden, was praktisch auf eine Bezahlung durch Waren hinausläuft, nicht als eine Kooperation angesehen werden kann. Dies wäre nur vorstellbar, wenn über den Anlagewert hinaus eine längerfristige Lieferverpflichtung des östlichen und Abnahmezusicherung des an diesen Bezügen interessierten westlichen Vertragspartners besteht.

Osthandel und Europäische Gemeinschaften

Die Kooperation wird sich auch zukünftig als reizvolle Form der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in größerem Umfang nur entwickeln können, wenn sie sich vom Gegenseitigkeitsgeschäft deutlich unterscheidet. Auf diese Grenze sollte daher allseits geachtet werden. Im übrigen ist es Aufgabe der amtlichen Handelspolitik, die Voraussetzungen für eine stetige Weiterentwicklung und Vergrößerung der ökonomischen Beziehungen zwischen West und Ost zu schaffen.

Von immer größerer Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die Verpflichtungen der Bundesrepublik und ihrer westlichen Nachbarn in den Europäischen Gemeinschaften (EG), die sich auf dem Wege zur Vollendung der Gemeinsamen Handelspolitik gegenüber sämtlichen Drittländern befinden. Die bereits bestehenden Verpflichtungen gegenüber den EG im Hinblick auf die Verhandlung und den Abschluß bilateraler Handelsabkommen mit den Oststaaten werden in Zukunft noch umfangreicher und intensiver sein als bisher. Die gemeinschaftliche Verwaltung der in allen sechs Mitgliedsländern bereits liberalisierten Einfuhrerzeugnisse aus dem Osten, der gemeinsam verbliebenen Importkontingente und des zwischen beidem liegenden Bereichs dürfte bald Wirklichkeit werden. Im übrigen hat der Ministerrat beschlossen, den Mitgliedsregierungen zu gestatten, bilaterale Warenlisten mit den osteuropäischen Ländern für das Jahr 1970 zu vereinbaren und bilaterale Verhandlungen über den Handelsverkehr auch in den nächsten drei Jahren, d. h. bis 1972, zu führen. Diese Regelungen machen einen vertragslosen Zustand im Handelsverkehr zwischen den EG-Mitgliedsländern und den Staaten Osteuropas, die die EG bisher nicht anerkennen, vermeidbar. Sie tragen außerdem den anerkannten besonderen Interessen einiger Mitgliedsländer Rechnung.

Verständigung durch Handel

Zusammenfassend gesehen kann man dem nächsten Jahrzehnt im Hinblick auf die Entwicklungsaussichten des Osthandels der Bundesrepublik gemäßigt optimistisch entgegensehen. Gemäßigt deshalb, weil die bilateralen Bindungen, die Zusammensetzung des beiderseitigen Warenverkehrs sowie andere Gegebenheiten, die oben kurz angedeutet wurden, einen kometenhaften Aufstieg nicht erwarten lassen. Ferner ist zu bedenken, daß auch die konjunkturelle Entwicklung in der Bundesrepublik, das Lohn- und Preisgeschehen sowie gravierende staatliche Maßnahmen, wie z. B. die DM-Aufwertung, auf unsere Osthandelsentwicklung ebenfalls fühlbar Einfluß haben.

Um so erfreulicher ist, daß die Weiterentwicklung dieses Handels – der es bei steigendem Gesamt- außenhandel der Bundesrepublik nicht leicht haben wird, wieder einen Anteil von 5% zu erreichen – jetzt allseits verstanden und befürwortet wird. Hat er doch schon in der Vergangenheit realistisch und ohne Abhängigkeiten zu schaffen wesentlich zur zwischenstaatlichen Verständigung im besten Sinne des Wortes beigetragen. Auch heute ist er der beste und solideste Bestandteil unserer Beziehungen zum Osten; er verdient jede Förderung.